

AZ-PH-Zug - 24.10.2012 - G.R.

Schnelles Internet: Telekom bittet Nackenheimer zur Kasse

Gemeinderat „Interessenbekundungsverfahren“ ist beschlossene Sache – Bürgermeister rechnet mit 100 Euro pro Haushalt

Von unserem Mitarbeiter
Guido Steinacker

■ **Nackenheim.** Viele Nackenheimer sind mit der Qualität ihrer Internetanbindung unzufrieden. Die Fraktionen im Gemeinderat wollen jetzt Fördermöglichkeiten für den Ausbau schneller Breitbandverbindungen über das entsprechende Landesprogramm prüfen lassen. Das beschlossen sie einstimmig.

Über die tatsächliche Situation im Ort in Sachen Datenfluss existiert kein eindeutiges Bild. „Wir sind gerade so unter den zwei Megabit pro Sekunde, um in die Förderung kommen zu können“, sagte Bürgermeister Heinz Hassemer (CDU). Tatsächlich scheint die Situation vom Wohngebiet und Anbieter abhängig zu sein.

Verbandsbürgermeister Robert Scheurer (CDU) berichtete, ihm sei bei einem Gespräch im Innenmi-

nisterium versichert worden, dass der Versorgungsgrad bei 94 Prozent der Nackenheimer Haushalte über der besagten Grenze von zwei Megabit Datenfluss liege. Entsprechend schlecht seien die Chancen auf eine Förderung durch das Land. Der Deutschen Telekom als Leitungsversorger ist die Unzufriedenheit in Nackenheim bekannt. Das Unternehmen kam bei einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zum Schluss, dass bei einem Aus-

bau eine Refinanzierungslücke von 72 000 Euro bleibe, die die Bürger tragen müssten. Der Rat beschloss daher ein „Interessenbekundungsverfahren“, das der Telekom den Willen der Bürger zum Ausbau und ihre Bereitschaft, den Betrag aufzubringen nachweist. „Wenn jeder Haushalt 100 Euro gibt, sind wir weit drüber“, rechnete Heinz Hassemer vor. Dabei kämen die Bürger billiger weg als bei einem Providerwechsel.

Die Versorgungsalternative zum kabelgebundenen Breitband heißt LTE. Sendemasten für dieses System will der Anbieter Vodafone laut Scheurer 2013 in Nackenheim aufrüsten. Nicht jeder im Rat zeigte Verständnis für die Rechnung, die die Telekom aufmacht. „Das Verhalten ist nicht kundenorientiert“, meinte Claudia Hippchen (SPD). Moritz Mergen (FDP) wäht das ehemals staatliche Unternehmen und die Politik noch im alten Trott.